

<b>Protokoll:</b>	<b>Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	427
		<b>TOP:</b>	8
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	710/2019
		<b>GZ:</b>	AKR-0322-00
<b>Sitzungstermin:</b>	24.07.2019		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	EBM Dr. Mayer		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Häbe / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung - Evaluation der Leitlinie und Weiterentwicklung des Beteiligungsportals <a href="http://www.stuttgart-meine-stadt.de">www.stuttgart-meine-stadt.de</a></b>		

Beratungsunterlage ist die Vorlage des Referats Allgemeine Verwaltung, Kultur und Recht vom 17.07.2019, GRDRs 710/2019, mit folgendem

Beschlussantrag:

1. Die in GRDRs 591/2016 unter Ziffer 4 beschlossene Evaluation der Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung wird im zweiten Halbjahr 2019 durchgeführt.
2. Für den Zeitraum der Durchführung der Evaluation wird der Beteiligungsbeirat vorübergehend nicht besetzt. Das Vorgehen in dieser Interimszeit ist der ausführlichen Begründung zu entnehmen.
3. Nach Abschluss der Evaluation werden entsprechende Anpassungen und Neuerungen an der Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung sowie den darin beschriebenen Maßnahmen vorgenommen. Die Besetzung des Beteiligungsbeirats wird dann entsprechend der überarbeiteten Leitlinie vorgenommen.

Von den Anmeldungen zum Doppelhaushaltsplan 2020/2021 für die Weiterentwicklung des Beteiligungsportals [www.stuttgart-meine-stadt.de](http://www.stuttgart-meine-stadt.de) sowie für die allgemeine Öffentlichkeitsarbeit bezüglich der Leitlinie für informelle Bürgerbeteiligung wird Kenntnis genommen.

Die Beratungsunterlage ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StR Winter (90/GRÜNE) schlägt unter Punkt 2 des Beschlussantrags vor, dass die Besetzung des Beirats nicht wie dort beschrieben ausgesetzt, sondern in einer 18er-Besetzung weitergeführt wird. EBM Dr. Mayer fragt nach, welche 18er-Besetzung StR Winter meint. Daraufhin erläutert der Stadtrat, die Stadtverwaltung habe ein Papier mit Alternativen der Beiratsbesetzung verschickt. Dort gebe es eine interimistische 18er-Besetzung und eine 11er-Besetzung. Um zu verhindern, dass gar kein Beirat bestehe, könne man doch interimsmäßig eine kleinere Besetzung des Beirats einsetzen.

EBM Dr. Mayer führt in der Folge aus, dass man sich mit dieser Frage intensiv beschäftigt habe. Als Ergebnis hält er die vorübergehende Aussetzung des Beirats als vorzugswürdig, zum einen weil die Amtszeit in der ursprünglichen Beschlussfassung begrenzt sei auf die Amtszeit des Gemeinderats. So müsste wenige Monate nach der Konstituierung des Beirats dieser wieder aufgelöst werden, weil die jetzt schon eingehenden Evaluierungsbeiträge voraussetzen würden, dass es auch eine Änderung im und am Gremium gebe. Zum anderen habe man überlegt, ob sich die Konstituierung überhaupt lohne, da im Sitzungskalender nur noch ein Termin vorgesehen sei. Zum anderen müsse berücksichtigt werden, dass keine Themenanmeldungen vorgelegen hätten. Also würde man einen Konstituierungsaufwand betreiben, hätte dann nur eine Sitzung - möglicherweise ohne Themen - und müsste die Sitzung dann absagen. Danach müsste der Beirat wieder aufgelöst und dann in einem Beschluss neu novelliert werden. Aus diesen Aspekten resultiere der nun vorgelegte Vorschlag. EBM Dr. Mayer stellt die Frage, ob StR Winter damit einverstanden sei.

Dies bejaht StR Winter bejaht und erklärt, in der Beschlussvorlage sei der Eindruck entstanden, dass die Beiratstätigkeit ausschließlich die Verwaltung mache. Jetzt müsse nach außen sauber kommuniziert werden, dass gerade beim Thema Beteiligung Ernsthaftigkeit und Zugewandtheit wichtig seien.

EBM Dr. Mayer sagt zu, dass die Verwaltung klar auf dieses vordringliche Ziel achten werde. Dann habe das Haupt- und Personalamt die Möglichkeit, sich ausschließlich dem Thema Evaluierung zu widmen. Ziel sei es, die Bürgerbeteiligung und das Gremium zu verbessern, und daher sei die kurze Auszeit geeignet.

Abschließend stellt EBM Dr. Mayer fest:

Der Verwaltungsausschuss stimmt dem Beschlussantrag einmütig zu.

Zur Beurkundung

Häbe / pö

## Verteiler:

- I. Referat AKR  
zur Weiterbehandlung  
Haupt- und Personalamt  
weg. GR
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  4. GPR (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. SchUB
  9. AfD
  10. LKR